

Das Referendum in Venezuela

Keine Lösung der politischen Krise

Susanne Gratius

Mit einer Mehrheit von 59% der Stimmen ist Hugo Chávez am 15. August zum dritten Mal seit 1998 als Präsident Venezuelas bestätigt worden. Die Opposition, die das Amtsenthebungsreferendum nach langem Rechtsstreit durchgesetzt hatte, erlitt eine klare Niederlage. Statt aber das Ergebnis zu akzeptieren, spricht sie nun von Wahlbetrug und zettelt neue gewaltsame Proteste an. Die Konfrontation zwischen Opposition und Regierung könnte sich demnach fortsetzen und den Erdölstaat auf unabsehbare Zeit paralisieren. Ein ebenfalls negatives Szenario wäre die weitere Konzentration der Macht in den Händen des charismatischen Populisten und ehemaligen Militärs Chávez. Das für eine Konfliktlösung günstigste Szenario wäre eine Beendigung der Frontstellung zwischen den politischen Lagern, die jedoch ein konstruktives Engagement von außen erfordern würde. Ein solches Engagement erscheint nicht zuletzt auch mit Blick auf die Entwicklung des Ölpreises wünschenswert.

Über 14 der 25 Millionen Venezolaner waren aufgerufen, für oder gegen eine Abwahl des seit sechs Jahren regierenden Hugo Chávez zu votieren. Opposition und Regierung hatten ihre Anhänger schon Wochen vorher mobilisiert, mit Erfolg: Die Wahlbeteiligung lag bei 73% und erreichte damit einen historischen Rekordwert.

Die vorläufigen Ergebnisse der überwiegend mit elektronischen Mitteln durchgeführten Wahl waren eindeutig: 59,06% stimmten gegen eine Abwahl von Chávez (*no*), 40,94% dafür (*si*). Die Opposition sprach dennoch von einem »gigantischen Wahlbetrug« und forderte eine Wiederholung der Auszählung. Sie argwöhnte eine Manipulation der in den USA bestellten Wahl-

maschinen und kritisierte die Zusammensetzung des Obersten Gremiums des Nationalen Wahlrats: drei seiner Vertreter stehen der Regierung nahe, die anderen beiden der Opposition. Die unter Aufsicht der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) und des Carter Center vorgenommene stichprobenartige Neuzählung ergab keine Abweichung. Ex-US-Präsident Jimmy Carter und OAS-Generalsekretär César Gaviria, beide sicherlich keine Chávez-Sympathisanten, bestätigten denn auch das amtliche Ergebnis.

Für einen weitgehend friedlichen Wahlablauf sorgte die Präsenz von 117 000 Soldaten. Allerdings ließ das massive Militäraufgebot auch Rückschlüsse auf den zivil-

militärischen Charakter der bolivarianischen Revolution und die starke Position der Streitkräfte in der Politik zu.

Klares Votum für den Präsidenten

Mit 18 Prozent Vorsprung vor der Opposition erzielte Chávez eine ebenso große Mehrheit wie bei seinem ersten Wahlsieg 1998. Nun wird er mindestens bis zum 10. Januar 2007 im Amt bleiben. Der Präsident hat seine Machtposition konsolidieren und sein bolivarianisches Projekt stärken können. Insgesamt war das Ergebnis nur insofern überraschend, als die Unterstützung der Regierung unerwartet deutlich ausfiel. Angesichts dessen ist unverständlich, warum sich die Regierung im Vorfeld hartnäckig geweigert hatte, eine Volksabstimmung durchführen zu lassen. Folglich bleiben letzte Zweifel, ob das Referendum wirklich so fair und transparent war wie behauptet.

Gleichzeitig ist es paradox, daß die Opposition dem Präsidenten durch die Abstimmung zusätzliche demokratische Legitimation verschafft hat. Noch dazu mit Hilfe der 1999 per Referendum bestätigten bolivarianischen Verfassung, die Chávez-Gegner für undemokratisch halten. Zehn Monate lang hatte die Opposition gegen den Widerstand der Regierung mit dem nationalen Wahlrat und dem Obersten Gerichtshof für die Abhaltung der Volksabstimmung gestritten und sich schließlich durchgesetzt. Nur knapp und erst im zweiten Anlauf (es mußten über eine Million Stimmen bestätigt werden) hatte sie Ende Mai die hierfür notwendigen 20% Unterstützung der Wahlberechtigten zusammenbekommen. Schon damals zeichnete sich ab, daß die Opposition keine Mehrheit für eine Abwahl von Chávez würde mobilisieren können. Zudem hätte der Präsident selbst bei einer Abstimmungsniederlage die Möglichkeit gehabt, bei den nur 30 Tage später stattfindenden Neuwahlen wieder anzutreten.

So kommt es fast einem politischen Selbstmord gleich, daß die Opposition für die Abhaltung eines Referendums gekämpft

hat, das sie jetzt so eindeutig verlor. Wie läßt sich diese Fehleinschätzung erklären? Drei Faktoren waren für Chávez Wahlsieg verantwortlich:

Der Armutsfaktor. Die politische Polarisierung spiegelt auch die tiefe soziale Kluft im Land wider. Anscheinend hatte die Oppositionsbewegung verkannt, daß Chávez vor allem in den zahlreichen und bevölkerungsstarken Armenvierteln unangefochtenen Rückhalt genießt. Er machte die Armen Venezuelas erstmals zu politischen Protagonisten, und sei es zu Propagandazwecken. Immerhin 70% der Bevölkerung des Erdölstaates Venezuela gelten als arm; 23% müssen täglich mit weniger als einem Dollar auskommen. Auf eine zynisch klingende Formel gebracht, steigt Chávez Popularität proportional zur Anzahl der Armen, die in seiner Amtsperiode trotz Verbesserung der Lebensbedingungen nicht abgenommen hat. Zudem hatte Chávez kurz vor der Abstimmung im Rahmen der »Mission Identität« mehr als zwei Millionen neue Wähler im In- und Ausland registrieren lassen und sich allein dadurch Loyalität gesichert.

Keine politische Alternative. Die Opposition ist weder in der Lage gewesen, ein verbindliches Wahlprogramm noch einen gemeinsamen Kandidaten aufzustellen. Die von ihr versprochene politische Alternative blieb weitgehend konturlos bzw. überzeugte die Wähler nicht. Auch die Angst vor einer ungewissen Zukunft und neuer Gewalt nach einer Absetzung von Chávez hat ihre Niederlage begünstigt. Hinzu kommt, daß die Opposition, die sich vorwiegend aus Vertretern der traditionellen politischen Elite des Landes zusammensetzt, bei vielen Venezolanern noch immer schlechte Erinnerungen an die Zeit vor Chávez weckt: Die Zweiparteienherrschaft von AD (sozialdemokratisch) und Copei (christdemokratisch), um die sich Interessenverbände und Gewerkschaften gruppieren, hatte das Land in eine tiefe Krise manövriert, die sich erstmals in den sozialen Unruhen des sogenannten Caracazo 1989 entlud und Ende der neunziger Jahre zur

Diskreditierung der gesamten politischen Klasse geführt hatte.

Erdölgewinne. Ein dritter und entscheidender Faktor, der Chávez in die Hände spielte, waren die unerwartet hohen Einnahmen im Erdölsektor als Folge des Anstiegs des Weltmarktpreises auf fast 45 Dollar pro Barrel. Der unerwartete Geldsegen eröffnete neue Verteilungsspielräume, von denen vor allem Chávez und seine bolivarianische Revolution profitierten. Für die Regierung kamen die hohen Ölpreise gerade zum rechten Zeitpunkt: Dank der Einnahmen wurden Wahlgeschenke großzügig verteilt, proportional dazu stieg die Popularität des Präsidenten.

Chávez im Glück: Der Ölpopulismus

Auch auf das Referendum in Venezuela ließe sich Bill Clintons Wahlslogan »its the economy, stupid« anwenden. Hätte das Referendum ein Jahr zuvor stattgefunden, wäre das Ergebnis sicherlich knapper ausgefallen. Denn im Jahre 2003 befand sich das Land noch in einer tiefen Wirtschaftskrise: die Inflationsrate lag bei über 30%, das Bruttoinlandsprodukt (BIP) fiel um 13% zurück, die Arbeitslosigkeit stieg auf 18%.

Das Blatt wendete sich 2004: Für das zweite Quartal wird ein Wirtschaftswachstum von über 10% erwartet. Zwar sind die Strukturprobleme nicht gelöst, wie die einseitige Abhängigkeit vom Erdöl – mit einem Anteil von 50% am Staatshaushalt und von 80% an den Exporten –, das boomende Ölgeschäft füllte aber erneut die Staatskassen. Der fünftgrößte Erdölexporteur der Welt, der über reichere Vorkommen verfügen soll als Saudi-Arabien, konnte seine Devisenreserven durch steigende Ölpreise auf 24 Milliarden Dollar aufstocken.

Im Vorfeld des Referendums konnte Chávez daher wieder aus dem vollen schöpfen. Allein 1,3 Milliarden Dollar wurden in soziale Infrastruktur investiert. Kurz vor dem Referendum kündigte Chávez die Vergabe von weiteren 2,6 Milliarden Dollar für Sozialprogramme an. Bei den mehrheitlich armen Venezolanern kommt

die auch wahltaktisch motivierte Erhöhung der Sozialausgaben – die Ausgaben der öffentlichen Hand machen inzwischen 32% des BIP aus (1999 waren es nur 18%) – gut an und sicherten Chávez politischen Rückhalt. Das Geld fließt in von Kritikern sogenannte populistisch-religiös verbrämte Missionen, die den Sozialwerken von Juan Domingo Peron nachempfunden sind. Bisher wurden zehn Projekte in den Bereichen Gesundheit, Bildung und Ausbildung, Lebensmittelversorgung, Landverteilung, Umwelt und Arbeitsbeschaffung aufgelegt.

Ausgeführt werden sie mit kubanischer Hilfe. Auf der Grundlage eines 2001 vereinbarten Tauschgeschäfts Erdöl gegen Humanressourcen wird die Allianz zwischen beiden Staaten in den Bereichen Gesundheit, Bildung und Staatssicherheit immer enger. Etwa 20 000 Kubaner halten sich im Land auf, um an der Alphabetisierungs- und Gesundheitskampagne ihres befreundeten Bruderstaates mitzuwirken und die bolivarianische Revolution zu unterstützen.

Auch wenn die ideologischen Affinitäten zwischen beiden Revolutionen, entgegen den Behauptungen der Opposition, gering sind und Chávez im Erdölstaat Venezuela keineswegs den Sozialismus einführen will, betreibt er einen weitgehenden Staatsumbau (siehe SWP-Aktuell 11/2003). Chávez Volksdemokratie stützt sich auf Referenden und Partizipation und ersetzt die politischen Parteien durch populäre Organisationen: unter anderem den Moralrat (vierte Staatsgewalt), die Nationalversammlung und die bolivarianischen Zirkel. Ziel seiner »Revolution« ist die Errichtung einer »plebiszitären Demokratie« der Fünften Republik als Gegenentwurf zur repräsentativen Demokratie der Vierten Republik, die Chávez mit der Opposition identifiziert. Sein Staatsmodell, das mit dem alten konkurriert, impliziert insofern eine Strategie der Konfrontation mit seinen Gegnern, als er sie allesamt als Vertreter der »alten Oligarchie« und als Vaterlandsverräter diskreditiert. Das Ergebnis ist ein geteiltes und polarisiertes Land. Dabei erweisen sich die Chá-

vez-Gegner allerdings als ebenso unversöhnlich wie Vertreter des Regierungslagers.

Gespaltene Opposition

Die Opposition umfaßt ein breites politisches Spektrum: Es reicht von den beiden traditionellen Parteien AD und Copei bis zu radikalen rechten Kräften, die den Status quo ante um jeden Preis wiederherstellen wollen. Zu den Chávez-Gegnern zählen Repräsentanten der alten politischen Elite, linke Intellektuelle, Gewerkschafter, Unternehmensverbände, Medien und ein Großteil der Katholischen Kirche. Die Mehrheit der Anti-Chavistas hat sich 2001 in der Demokratischen Plattform (Coordinadora Democrática, CD) formiert, einem heterogenen Bündnis von 48 politischen Parteien, Interessengruppen und NGOs.

Die Tatsache, daß sich die CD nicht auf einen Oppositionsführer einigen und kein gemeinsames Programm vorweisen konnte, trug wesentlich zur Niederlage der Opposition bei. Zwar hatte eine Kommission der CD Anfang März das umfassende Aktionsprogramm »Plan Consenso País« für eine »Regierung des Konsenses und der Einheit« zusammengestellt. Von wenigen Ausnahmen abgesehen bleiben deren Ideen jedoch vage. So ist das Dokument weniger als Programm, sondern eher als Anregung für eine öffentliche Debatte über die Zukunft Venezuelas nach der Ära Chávez gedacht. Es ist insgesamt ein wenig innovativer Fahrplan für die Rückkehr zum alten System der liberalen, repräsentativen Demokratie.

Kurz vor dem Referendum, am 25. Juli, legte die CD ein weiteres Dokument vor, die »Nationale Übereinkunft für soziale Gerechtigkeit und demokratischen Frieden«. Doch auch sie ist kaum mehr als eine Aneinanderreihung gemeinsamer Prinzipien und Wertvorstellungen. Die dreiseitige Erklärung setzt auf eine Rückkehr zur alten politischen Ordnung der repräsentativen Demokratie. Die angestrebte »Rekonstruktion« des Landes sieht die Wiedereinführung des Zwei-Kammer-Parlaments und anderer Institutionen ebenso vor wie die

Entpolitisierung der Streitkräfte, Verfassungsänderungen und eine wirtschaftliche Deregulierung, einschließlich des staatlichen Erdölunternehmens PDVSA. Das Dokument ruft aber auch zur Versöhnung zwischen den verfeindeten Lagern und zur nationalen Einheit auf.

Letzteres bestimmt bisher jedoch nicht die Haltung der CD. So erkennt die Opposition das Ergebnis des Referendums nicht an. Eigenen Erhebungen zufolge votierten über vier Millionen Venezolaner gegen die Regierung und nur 3,5 für sie. Nach dem Tauziehen um das Referendum über die Abberufung des Präsidenten beschwört die Opposition den nächsten Rechtsstreit herauf, der das Land erneut monatelang paralysieren könnte. Sie hält sich insofern nicht an die demokratischen Spielregeln, als sie ihre Niederlage nicht akzeptieren und zur notwendigen Selbstreflexion nutzen will. Fest steht, daß es die Opposition in sechs Jahren Chavismo nicht geschafft hat, eine glaubwürdige politische Alternative zu präsentieren. Ihr Problem besteht darin, daß sie über die Amtsenthebung ihres politischen Gegners hinaus keine Ziele definiert hat. Insofern wird sich die ohnehin fragile Einheit im Rahmen der CD möglicherweise auch nicht bewahren lassen.

Anstatt selbst eine politische Alternative anzubieten, versucht die Opposition seit 1998 mit allen Mitteln, Hugo Chávez aus dem Amt zu treiben. Dabei zeigte der Präsident jedoch ein geradezu erstaunliches Beharrungsvermögen. Er überstand drei Generalstreiks, unzählige Protestdemonstrationen der CD und einen von der Opposition vermutlich mit Unterstützung der USA angezettelten Putschversuch im April 2002.

Nachdem nun der Versuch gescheitert ist, Chávez auf demokratischem Wege abzusetzen, hat die CD nahezu alle Mittel ausgeschöpft, um wieder an die Macht zu gelangen. Es verbleiben zwei Möglichkeiten: Der von Ex-Präsident Carlos Andrés Pérez und anderen Teilen der Opposition suggerierte Weg der Gewalt oder aber die Übernahme einer konstruktiven Opposi-

tionsrolle im Rahmen der demokratischen Ordnung.

Die Niederlage hat die Opposition zweifellos geschwächt und sollte eine eingehende, selbstkritische interne Debatte nach sich ziehen. Sie sollte sich Fragen stellen wie: Warum ist das Kalkül nicht aufgegangen? Was für eine politische und programmatische Alternative zu Chávez kann geboten, welche Strategie (friedlich oder gewaltsam) sollte künftig verfolgt werden? Der beste Beweis für eine konstruktive demokratische Rolle der Opposition wäre die Aufstellung eines konsensfähigen gemeinsamen Kandidaten. Sollte es der Opposition aber nicht gelingen, ihr lockeres Interessenbündnis zu konsolidieren, ist eine Spaltung und/oder weitere Schwächung der Chávez-Gegner zu erwarten.

Politische Implikationen und Szenarien

Das Referendum war zwar ein deutliches Votum für die Kontinuität des populistischen Projekts von Hugo Chávez, es wird aber wenig an der politischen Spaltung des Landes ändern, die alle Institutionen durchzieht und zu einem fortschreitenden Staatszerfall beiträgt. Der Streit zwischen Opposition und Regierung hat fatale Folgen für die politische, wirtschaftliche und soziale Entwicklung Venezuelas.

Bei der Konfrontation zwischen neuer und alter Elite geht es um mehr als politische Differenzen. Es wird auch ein Kampf um Ressourcenmanagement ausgetragen, um Verteilungspolitik und Partizipation. Der soziale Hintergrund des Konflikts ist die extrem ungleiche Distribution von Erdöleinnahmen und Einkommen sowie der politische Ausschluß der Armen.

Das einstige politische Establishment akzeptiert seinen heutigen Status als Opposition nicht und will zur »alten Ordnung« der auf einem Elitenpakt beruhenden und durch Erdöleinnahmen finanzierten repräsentativen Demokratie zurückkehren. Die Opposition repräsentiert vor allem die wohlhabende Ober- und Mittelschicht des

Landes, vernachlässigt aber die marginalisierten Gruppen. Chávez hingegen stützt sich vorwiegend auf die Wähler in den Armenvierteln, auf das Militär und Teile der Linken. Nach populistischer Manier setzt er auf den direkten Dialog zwischen Führer und Volk sowie auf karitative Armutsbekämpfung durch Sozialprogramme.

Auch in der für das Land zentralen Erdölpolitik haben Opposition und Regierung unterschiedliche Vorstellungen: Chávez fährt einen nationalistischen Kurs und setzt sich innerhalb der OPEC für hohe Preise und geringe Fördermengen ein (Venezuela bleibt hinter der von der OPEC definierten Quote zurück), seine Gegner wollen mehr ausländische Investoren ins Land holen, die Ölindustrie privatisieren und die Produktion ankurbeln. Diese höchst unterschiedlichen politischen Programme sind kaum miteinander vereinbar. Daran hat das erneute Votum für Chávez ebenso wenig geändert wie an den denkbaren politischen Szenarien:

Konfrontation und Gewalt. Eine mögliche Entwicklung ist die Fortsetzung der Gewaltspirale und der Lähmung des Landes durch permanente Auseinandersetzungen zwischen Opposition und Regierung. Seit Jahren findet Politik in Venezuela nicht in den (ohnehin polarisierten) verfassungsmäßigen Institutionen, sondern auf der Straße statt. Es kommt immer wieder zu Zwischenfällen und blutigen Kämpfen. Die gewaltsamen Demonstrationen von Chavistas und Gegnern forderten zahlreiche Todesopfer: Allein im Jahr 2002 wurden über 100 Menschen Opfer der politischen Gewalt. Fatal wirkt sich dieses Klima auf die innere Sicherheit aus: die Entführungsindustrie blüht und Venezuelas Mordrate ist die vierthöchste der Welt. Sollte sich die Opposition für den Weg der Gewalt entscheiden, könnte sich die Lage im Land weiter zuspitzen, selbst ein Bürgerkrieg geringer Intensität wäre nicht ausgeschlossen. Dies gälte um so mehr, wenn die Regierung ihren Wahlsieg für den weiteren Ausbau der autoritären Strukturen im Rahmen der formaldemokrati-

schen Regeln nutzt. Auch die Medien, die überwiegend auf seiten der Opposition stehen, tragen ihren Teil zur politischen Konfrontation bei.

Autoritärer Chavismo, schwache Opposition. Schon jetzt spricht einiges dafür, daß ein Staatsmodell mit autoritär-populistischen Zügen aufgebaut wird. Das Militär übernimmt politische und soziale Aufgaben, kann dank Chávez erstmals wählen und ist seine bedeutendste institutionelle Stütze. Die bolivarianische Revolution ist ein ebenso nationalpatriotisches wie zivilmilitärisches Projekt, das die Streitkräfte für Aufgaben der inneren Sicherheit heranzieht und in den bolivarianischen Schulen für vormilitärische Erziehung sorgt. Amnesty International und Human Rights Watch kritisieren die Einschüchterung politischer Gegner, gewaltsames Vorgehen gegen Demonstranten und Zensur in den Medien und staatlichen Institutionen. Nach dem deutlichen Sieg über die Opposition könnte Chávez seinen autoritären Regierungsstil verschärfen und entschiedener gegen seine Widersacher vorgehen. Die Ankündigung des Präsidenten, seine Revolution zu vertiefen, sowie sein Appell an das Parlament, den Obersten Gerichtshof neu zu besetzen und ein umstrittenes Mediengesetz zu verabschieden, sind erste Indizien hierfür. Eine weitere Schwächung der ohnehin gespaltenen Opposition bzw. ihre Demobilisierung würde dieses Szenario begünstigen. Zwar brächte die Stärkung des Chavismo mehr Stabilität, sie erhöht aber auch das Risiko des Autoritarismus.

Nationale Versöhnung. Trotz der Verfahrenheit der Situation gibt es auf beiden Seiten auch Anzeichen für Dialogbereitschaft. Wie es in den beiden genannten Dokumenten der CD heißt, braucht das Land dringend eine Politik der nationalen Versöhnung und der Einheit sowie ein »Ende des Klimas der Konfrontation«. Der Präsident sprach seinerseits den Appell aus, die Gewaltspirale zu beenden, und forderte Vertreter der moderaten Opposition dazu auf, sich an einem nationalen Dialog zu

beteiligen. Dies spricht dafür, daß Chávez die Opposition, die immerhin 41% der Wähler für seine Absetzung mobilisieren konnte, nach der Abhaltung des Referendums erstmals ernst nimmt und als politisches Gegenüber akzeptiert.

Sollte sich eine versöhnliche Haltung in beiden Gruppierungen durchsetzen, wäre dies für die Zukunft des Landes sicherlich die beste Entwicklung. Denkbar wäre eine nationale Übereinkunft zwischen beiden politischen Lagern über eine Reihe von Grundprinzipien der Außen-, Wirtschafts- und Sozialpolitik. Voraussetzung hierfür wäre allerdings die Anerkennung der Wahlniederlage seitens der Opposition sowie die beiderseitige Einstellung der Gewalt und der Dauerdemonstrationen. Auch eine objektivere Berichterstattung in den ebenfalls polarisierten Medien – Sonderprogramme der Regierung und Radiosendung des Präsidenten Chávez einerseits, oppositionelle Fernseh- und Radiokanäle andererseits – wäre sicherlich hilfreich.

Solange aber der Militär Chávez die »Politik als die Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln« versteht und der Opposition alle Maßnahmen recht sind, die zur Absetzung des Präsidenten führen, wird politische Normalität im einstigen demokratischen Musterstaat Venezuela Fiktion bleiben. Angesichts des hohen Gewaltpotentials auf beiden Seiten und ihrer Bereitschaft, den Konflikt notfalls mit undemokratischen Mitteln für sich zu entscheiden, ist eine politisch neutrale Einmischung von außen im Interesse der Befriedung des Landes geboten.

Die Rolle externer Beobachter

Es hat bereits mehrere, allerdings ausschließlich regionale Vermittlungsversuche Dritter gegeben. Seit Anfang 2003 haben sich in Venezuela vor allem drei regionale Akteure engagiert: die OAS, das Carter Center und die »Freundschaftsgruppe« des OAS-Generalsekretärs für Venezuela unter Leitung Brasiliens.

Gemeinsam gelang es ihnen, die zerstrittenen politischen Lager im Mai 2003 an einen Tisch zu bringen und einen politischen Pakt auszuhandeln. So war das Referendum über die Abberufung des Präsidenten ein Ergebnis des Dialogs zwischen Regierung und Opposition, auf das man sich nach der Beendigung eines dreimonatigen Generalstreiks der Chávez-Gegner verständigte.

Die Wahlbeobachtung

Die Durchführung des Referendums wurde fast ausschließlich regional kontrolliert. Etwa 180 externe Wahlbeobachter waren geladen. Die tendenziell von den Interessen der USA dominierte OAS und das Carter Center in Washington haben den Wahlablauf als einzige bedeutende Organisationen beobachtet. Weder die EU noch die von Brasilien geleitete »Freundschaftsgruppe«, in der auch die einstigen Kolonialmächte Portugal und Spanien vertreten sind, waren zugegen.

Die Europäische Union hatte die Einladung der Regierung Chávez abgelehnt. In einer Erklärung des Rats vom 3. August verzichtete die EU auf die Entsendung einer Wahlbeobachtermission mit der Begründung, die Minimalstandards der EU wären in Venezuela nicht erfüllt gewesen. So werde in einer Resolution des Nationalen Wahlrats vom 22. Juni die Autonomie der Wahlbeobachter eingeschränkt. Auch sei die Zeit zu knapp gewesen, um im Vorfeld der Wahlen Experten zu entsenden. In neun weiteren Stellungnahmen unterstützte der Rat der EU das Engagement der OAS und des Carter Center, bezog aber keine eigene Position. Gerade angesichts des Streits um das Wahlergebnis wäre ein Engagement der EU trotz der genannten Restriktionen wünschenswert gewesen, um ein neutrales internationales Gegengewicht zur dominanten Position regionaler Akteure zu schaffen.

USA, EU und Deutschland

Die USA sind mit Abstand der wichtigste externe Akteur in Venezuela und gleichzeitig sein bedeutendster außenpolitischer und -wirtschaftlicher Partner. 1,5 Millionen Tonnen Erdöl liefert Venezuela täglich in die USA und ist damit deren drittgrößter Öllieferant – bis zu 15% der US-Ölimporte stammen von dort. Trotz angespannter politischer Beziehungen ist die wirtschaftliche Zusammenarbeit nach wie vor gut. Die USA sind für etwa die Hälfte des venezolanischen Außenhandels verantwortlich – über 80% der Erdölausfuhren gehen in die USA – und der bedeutendste Investor. Durch die Unterstützung der Opposition und die angebliche Beteiligung am Putschversuch gegen Chávez im Frühjahr 2002 haben sich die USA aber als neutraler Vermittler diskreditiert und werden von der Regierung Chávez als potentieller Destabilisierungsfaktor gesehen. Ungeachtet des Urteils von Carter Center und OAS erkannte die US-Regierung das Ergebnis des Referendums nicht sofort, sondern erst nach einer erneuten Auszählung an. Für den Fall eines Sieges von Chávez erklärte Außenminister Colin Powell im Vorfeld der Abstimmung aber auch, die USA fördere Demokratie und eine nationale Versöhnung in Venezuela.

Im Vergleich mit den USA spielen die EU und Deutschland in Venezuela eine unbedeutende Rolle, was sich auch im geringen Interesse an der politischen Lage im Land widerspiegelt. Doch bezieht die EU immerhin 7% ihres Erdöls aus dem karibischen Andenstaat. Zudem ist Venezuela Mitglied der Andengemeinschaft und assoziierter Partner des Mercosur, mit denen die EU enge Beziehungen unterhält.

In der deutschen Außenpolitik ist Venezuela ein kaum beachtetes Randthema, die Entwicklungszusammenarbeit läuft aus, eine eigenständige deutsche Position zu Venezuela gibt es nicht. Auch wenn das OPEC-Mitglied Venezuela zweifellos kein strategischer Partner Deutschlands ist, darf darüber nicht verkannt werden, daß die anhaltende politische Instabilität des weltweit drittgrößten Erdölproduzenten

durchaus Einfluß auf die Gestaltung der Weltmarktpreise und die Produktion dieses strategischen Rohstoffs hat. Auch unter diesem Gesichtspunkt sollten die EU und Deutschland ihre (Nicht)Position gegenüber dem Andenstaat noch einmal überdenken. Zudem wären die EU und Deutschland im Gegensatz zu den USA politisch neutrale und anerkannte Akteure, die sich ohne Parteilichkeit zugunsten der dringend gebotenen nationalen Versöhnung im zweigeteilten Venezuela einsetzen könnten.

Ein zweites Kolumbien, das ebenso wie sein Nachbarstaat Venezuela einst als »Musterdemokratie« galt, würde die Instabilität in der krisenbetroffenen Andenregion verstärken und den ohnehin angespannten Erdölmarkt zusätzlich belasten. Eine nationale Lösung des Konflikts aber zeichnet sich ebensowenig ab wie ein Erfolg der bisherigen Vermittlungsbemühungen regionaler Akteure.

Wahlen sind keine Lösung

Bereits im Vorfeld der Volksabstimmung war es mehr als zweifelhaft, daß der politische Konflikt auf diesem Wege beigelegt werden kann. Chávez ist schließlich dank der Opposition erneut demokratisch legitimiert worden. Referenden und Wahlen tragen auch zur Lösung des Sicherheitsproblems in Venezuela nichts bei und sind sogar kontraproduktiv, solange sie als Instrument für ein permanentes Kräfte-messen zwischen Opposition und Regierungslager mißbraucht werden. Zudem finden gerade in Venezuela eher zu viele als zu wenige Wahlprozesse statt. Als Folge der von Chávez eingeführten Möglichkeit, regierende Politiker nach der Hälfte ihrer Amtszeit abzuwählen, herrscht im Land ein permanentes Wahlklima: Derzeit stehen neun weitere Abberufungsreferenden an, im September finden Gouverneurs- und Kommunalwahlen statt, 2005 Parlamentswahlen, und Ende 2006 wird erneut der Präsident gewählt.

Sechs Jahre Tauziehen zwischen Opposition und Regierung haben gezeigt, daß sich

das Problem weder national noch durch Wahlen lösen läßt. Das betonte auch Ex-US-Präsident Jimmy Carter. So ist zu erwarten, daß sich der politische Kampf zwischen Chávez und seinen Gegnern trotz erneuter Klärung der Machtverhältnisse fortsetzen wird. Denn auf beiden Seiten ist die Gewaltbereitschaft ebenso groß wie die Zahl der Waffen im Land. Zwar respektieren sowohl die Chavistas als auch die Opposition weitgehend die lange demokratische Tradition des Landes, ihre Dialogbereitschaft ist aber zweifelhaft: Chávez lebt vom Kampf gegen seine politischen Gegner, und Teile der Opposition haben bereits dazu aufgerufen, ihn gewaltsam aus dem Amt zu entfernen.

Folgen für den Erdölmarkt

Ein instabiler Naher Osten, die ungewisse Zukunft des russischen Erdölkonzerns Yukos und ein politisch geteiltes Venezuela sind negative Einflüsse auf die Entwicklung des Erdölpreises, der noch immer steigt. Chávez steht nach eigenen Aussagen für eine Politik des knappen Angebots bei hohen Preisen. Eine Fortsetzung des politischen Konflikts könnte die Erdöllieferungen noch weiter drosseln und den Weltmarktpreis in die Höhe treiben. Nicht zuletzt im Eigeninteresse der Rohstoffsicherung ist ein Engagement der internationalen Gemeinschaft in Venezuela gefordert. Insbesondere die EU sollte sich zusammen mit der »Freundschaftsgruppe« für eine Befriedung des Landes und einen nationalen Dialog einsetzen. Gleichzeitig würde eine neutralere Haltung der USA eine konstruktive Rolle externer Akteure in Venezuela begünstigen.

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2004
Alle Rechte vorbehalten

SWP
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3-4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

ISSN 1611-6364